



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/98

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

28. April 1953

Atempause im Vertragsstreit	S. 1
Vor sozialen Kämpfen in Frankreich	S. 3
Atombombenschutz und Genfer Konvention	S. 4
Monrad Käenauer-Stiftung im Zwielficht	S. 5
Flüchtlinge parteipolitisch mißbraucht	S. 6

Zwischenzeitliche Klärung

P.B. Die Ereignisse, die sich seit dem Beschluß des Bundesrates von vergangener Freitag abgespielt haben, sind mehr als verwirrend. Der Bundesrat hatte beschlossen, zu den deutsch-alliierten Verträgen ebenfalls nicht Stellung zu nehmen, sondern zuvor eine rechtliche Klärung durch ein von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung gemeinsam zu beauftragendes Gutachten beim Bundesverfassungsgericht vorzunehmen. Die prompte Antwort des Bundeskanzlers, der schon, bevor ein entsprechender Beschluß des Bundesrates vorlag, erklärte, daß sich die Bundesregierung einem Gutachtenantrag nicht anschließen könne, war die Erklärung, daß man nunmehr die Verträge, die das Kabinett von vornherein nicht für zustimmungspflichtig gehalten habe, dem Bundespräsidenten zur Unterschrift zuleiten werde.

Die Montagszeitungen, die der Regierungskoalition nahestehen, flossen darüber von Lob über, über die gradlinige und konsequente Haltung des Bundeskanzlers. Einige Stunden später ergab sich die überraschende Wendung, und die Dienstagszeitungen der gleichen Couleur konnten nur noch mit dem frühen Redaktionsschluß ihre vorläufigen Montagskommentare entschuldigen. In der Zwischenzeit hatte der Bundeskanzler, ohne den Koalitionsparteien und dem Kabinett davon Kenntnis zu geben, sich zu einem anderen Weg entschlossen. Nunmehr soll wohl ein Gutachtenantrag der Koalitions-

parteien im Bundestage festgestellt werden, daß sich hier keine Mehrheit für einen Gutachtensantrag findet. Diese Mehrheit scheint von vornherein festzustehen, denn der Bundeskanzler hat durch seine Erklärung vor dem Bundesrat die Entscheidung präjudiziert, als er sagte, man könne der Koalition nicht zumuten, nach der Ratifizierung der Verträge nun erneut eine rechtliche Überprüfung vorzunehmen.

Der nächste Schritt dürfte so ein Initiativantrag der Länder im Bundesrat sein, die gewillt sind, den Verträgen zuzustimmen. Diese Länder werden nun vorliegen, nachdem sich ergeben hat, daß der Weg des Gutachtensverfahrens nicht realisierbar ist, daß der Bundesrat sachlich zu den Verträgen Stellung nimmt.

Die nun entstandene Lage muß man von zwei Seiten aus beurteilen. Vom staatsrechtlichen Standpunkt ist eine wünschenswerte Entspannung eingetreten, denn es ist einmal vermieden worden, daß der Bundesrat in schroffer Form brüskiert worden ist, und zum anderen wurde erreicht, daß der Bundespräsident wenigstens vorläufig aus dem Streit der Parteien herausgehalten worden ist. Dieses Ergebnis wurde erreicht, obwohl beim Bundeskanzler selbstverständlich andere Motive im Vordergrund des Interesses standen. Sein stilles Hoffen ist nach wie vor, die Bundesratsmehrheit von 20 zu 18 in eine Minderheit von 15 zu 23 umzuwandeln, oder, sollte eine andere Entscheidung in Württemberg-Baden nicht zu erreichen sein, in anderen Ländern Koalitionsschwierigkeiten zu bereiten.

Die Entscheidung über diese Frage aber sollte erst in etwa zwei bis drei Wochen fallen, dann die kleine Rebellion in der CDU und vor allem in der DF, die den Kanzler noch am Dienstag bewegen wollten, beim ersten Wege zu bleiben, nämlich dem Bundespräsidenten die Verträge sofort zur Unterschrift zuzuleiten, dürfte ergebnislos verlaufen.

Unberührt davon bleibt die Haltung der Sozialdemokratie, auf alle Fälle eine rechtliche Klärung durch das Bundesverfassungsgericht zu erreichen. Es ist durchaus möglich, daß in den nächsten Tagen noch neue Winkelzüge getan werden. Die SPD wird dem vorzubeugen wissen.

+ + +

Frankreich vor einer neuen Streikwelle

G.S.-Paris, Ende April

Die Ruhe, die seit mehr als einem Jahr auf sozialem Gebiet herrschte, ist in Frankreich brüsk unterbrochen worden. Die Tatsache, daß die 40000 Arbeiter der Pariser Renaultwerke Lohnerhöhungen fordern, hat dazu beigetragen, daß auch die Eisenbahner und die Metallarbeiter ihrerseits Forderungen stellen und eine Erneuerung ihrer Kollektivverträge erzwingen wollen.

Wie immer, wenn sich in Frankreich Arbeitskämpfe ankündigen, gehen die Arbeiter der Renaultwerke voran. Es darf als in hohem Maße charakteristisch bezeichnet werden, daß sich in den Renaultwerken zum ersten Mal seit Jahren eine Einheitsfront zwischen den kommunistischen, christlichen und sozialistischen Gewerkschaftsorganisationen bildete: Charakteristisch deshalb, weil die Kommunisten nie in die Einheitsfront "mit den sozialistischen Führern" einwilligten und weil die sozialistischen Gewerkschaftler ihrerseits mit ihrem Prinzip brachen, das in den letzten Jahren konstant darauf abgestellt war, jede gemeinsame Aktion mit den Kommunisten zu vermeiden.

Es kann kaum noch ein Zweifel daran bestehen, daß die von den letzten in Frankreich herrschenden Regierungen getätigte "liberale Politik" mit ihren dauernden Preiserhöhungen und der gleichzeitigen Stabilisierung der Löhne zur Beunruhigung unter der Arbeiterschaft beigetragen hat, die zunächst zur Apathie führte und sich jetzt in einer Art explosiver Unzufriedenheit bemerkbar macht.

Der kommunistische Gewerkschaftsverband, der viele Sympathien unter der Arbeiterschaft verlor, weil er ständig Lohnforderungen mit politischen Agitationslosungen vermengte, beginnt scheinbar, sich auf eine neue Taktik umzustellen und rein wirtschaftliche Parolen auszugeben. Eine solche Taktik muß die anderen Gewerkschaftsorganisationen auf die Dauer zwingen, eine Art von Einheitsfront mit den kommunistischen Gewerkschaften abzuschließen, weil diese immer noch über die aktivsten Kader verfügen und die Lohnforderungen der Arbeiterschaft in sehr geschickter Weise vertreten.

Die Tatsache, daß sich die Sozialisten in der Opposition befinden und die Regierung in keiner Weise ihr Versprechen hält, die Unternehmer zum Abschluß neuer Kollektivverträge zu bewegen, wird diese

Entwicklung beschleunigen. Im Falle der verstaatlichten Renaultwerke, deren Finanzlage glänzend ist, wird besonders klar, daß die Regierung keine Lohnerhöhungen bewilligen will und so den Privatunternehmern mit schlechtem Beispiel vorangeht.

Angesichts der bevorstehenden Erhöhung der Post-, Gas- und Elektrizitätstarife ist damit zu rechnen, daß es in einigen Industriezweigen zu Streikbewegungen kommt: Wenn es auch verfrüht sein mag, von einem "neuen 1936" zu sprechen, wie es in Unternehmerkreisen der Fall ist, die die damalige Welle der Sitzstreiks mit ihren Millionen Teilnehmern noch in guter Erinnerung haben.

+ + +

Lehrgänge für Atomkriegführung

Wir lesen in der von Dr. Sigurd Paulsen herausgegebenen Bonner "Außenpolitischen Korrespondenz":

"Am 28. April begannen in der Bundesrepublik Lehrgänge für Offiziere der NATO-Streitkräfte über die Atomkriegführung auf deutschem Boden. Das ist der Zeitpunkt, um einmal wieder an die Notwendigkeit zu erinnern, die 4. Genfer Konvention "zum Schutz der Zivilbevölkerung" vom 12. August 1949 für Deutschland in Anwendung zu bringen. Diese Konvention sieht die Errichtung von "Schutzzonen" für die Zivilbevölkerung, für Verwundete und Kranke, für Frauen und Kinder vor und bemüht sich, ihre Ernährung und Versorgung, wie überhaupt diejenige der gesamten Zivilbevölkerung sicher zu stellen. Besonders das nunmehr international festgelegte Durchlaßrecht, das in Artikel 23 niedergelegt ist und die Substanz der Bevölkerung erhalten soll, indem es sie vor Hungersnöten und Seuchen bewahrt, ist für das deutsche Volk im Ernstfall von größter Wichtigkeit.

Wir fragen: Wird die Bundesregierung diesen Anlaß ergreifen, um die 4. Genfer Konvention von 1949 baldmöglichst zu ratifizieren? Die Vereinigten Staaten, England, Frankreich und die Sowjetunion haben sie bereits ratifiziert. Dennoch hören die Bekundungen des Willens, im Kriege auf deutschem Boden eine Politik der verbrannten Erde zu praktizieren, nicht auf. Beide Seiten sind daran beteiligt. Das britische Luftmanöver "Dschungelkönig" hat auch den Verdacht nahegelegt, daß das rücksichtslose Bombardement norddeutscher Städte in die Planungen der RAF aufgenommen worden ist. - Nun sehen aber die Genfer Konventionen auch vor, daß die Militärs auf die Neuschöpfungen des Kriegs- und Völkerrechts aufmerksam gemacht werden sollen, damit sie bereits bei Vorausplanungen berücksichtigt werden und möglichst in die Wehrerziehung der Streitkräfte aufgenommen werden. Welche nächsten Schritte gedenkt die Bundesregierung dieserhalb vorzunehmen?"

+ + +

Wahlpropaganda mit Flüchtlingsnot

Von Fritz Heine vom Vorstand der SPD erhalten wir folgende Stellungnahme zu Vorgängen um die Konrad Adenauer-Stiftung:

Mit der Not der aus der Sowjetzone Flüchtenden Wahlpropaganda zu treiben, zeugt - mild gesagt - nicht von gutem Geschmack. Völlig unangebracht ist es, Hilfsmaßnahmen für diese Flüchtlinge, die ja nicht zuletzt Opfer der Gleichgültigkeit der Bundesregierung gegenüber dem Problem der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands sind, zu Propagandazwecken für den Bundeskanzler verwenden zu wollen. Die Meldung also, daß eine Konrad Adenauer-Stiftung für den Flüchtlingswohnungsbau ins Leben gerufen worden sei und daß für diese Stiftung der Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau 100000 Mark zur Verfügung gestellt habe, mußte an sich schon die schwersten Bedenken erwecken.

Noch anstößiger wird aber die Angelegenheit durch den Umstand, daß der Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau offenbar von einem solchen Beschluß gar nichts weiß. Tatsache ist lediglich, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau 100000 M für die vom Bundespräsidenten angeregte Spende für die nach Berlin strömenden Flüchtlinge gegeben hat.

Es müssen deshalb folgende Fragen gestellt und in öffentlichem Interesse schleunigst beantwortet werden:

1. Ist es richtig, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau die 100000 M gar nicht für eine Konrad Adenauer-Spende zur Verfügung gestellt hat?
2. Ist es richtig, daß der Vorstand der Kreditanstalt nachträglich vom Bundeskanzleramt gefragt wurde, ob die Zahlung nicht für eine Stiftung unter dem Namen des Bundeskanzlers abgezweigt werden könnte?
3. Ist es richtig, daß die Kreditanstalt dem Bundeskanzleramt erklärt hat, sie habe ihre Spende bereits geleistet und sei nicht mehr in der Lage, über den gespendeten Betrag zu verfügen? und nachträglich über die Verwendung des Betrages zu entscheiden?
4. Liegt der Verdacht nicht nahe, daß die Konrad Adenauer-Stiftung einen Versuch darstellt, mit öffentlichen Geldern CDU-Wahlpropaganda zu machen, obwohl diese öffentlichen Gelder gar nicht für solche Zwecke hergegeben worden sind?

Es ist schlimm genug, die Flüchtlingshilfe für Wahlpropaganda zu missbrauchen. Die Sache wird noch schlimmer, wenn die für die Flüchtlingshilfe zur Verfügung gestellten Gelder ohne Zustimmung der Geldgeber für solche Zwecke mißbraucht werden sollen.

Ein schlechter Start

(sp) Bereits seit längerer Zeit gibt es unter den Sowjetzonenflüchtlingen Bestrebungen, in einer überparteilichen Gesamtorganisation eine wirksame Interessenvertretung zu schaffen. Vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen ist am 27. April der Versuch unternommen worden, auf einer Tagung, zu der vom Ministerium verschiedene Flüchtlingsorganisationen eingeladen worden sind, eine Zusammenfassung dieser Organisationen vorzubereiten.

Obwohl es Erstaunen erregen mußte, daß nicht alle Organisationen zu einer derartigen Tagung eingeladen worden waren, ergab der Tagungsverlauf, daß es hier offensichtlich um einseitige Parteiinteressen ging und nicht um die Wahrnehmung von Gesamtinteressen der Sowjetzonenflüchtlinge. Die Regie lag bei Vertretern der Exil-CDU, die unter Benutzung anderer Flüchtlingsorganisationen den Versuch unternahmen wollten, eine von der CDU beherrschte Gesamtorganisation der Sowjetzonenflüchtlinge zustande zu bringen. Eine führende Rolle bei diesen Bemühungen spielt Herr Jöhren und jener Kreis, der bereits am 26. März dieses Jahres es unternommen hatte, die Voraussetzungen für die Tagung vom 27. April zu schaffen.

Es ist befremdend, daß das zuständige Ministerium parteipolitische Bestrebungen einer Flüchtlingsgruppe unterstützt, um auf diese Weise einseitige politische Zielsetzungen einer Regierungspartei zu fördern. Obwohl es auf dieser Tagung aufgrund von Bedenken einer Reihe von Flüchtlingsvertretern zu keinen bindenden Beschlüssen kam, muß bereits jetzt davor gewarnt werden, mit diesen Methoden weiter zu arbeiten.

Mit dem legitimen Interesse der Sowjetzonenflüchtlinge, eine verantwortliche, überparteiliche Mitwirkung an der Gestaltung ihres Schicksals in der Bundesrepublik zu erlangen, darf parteipolitisch kein Mißbrauch getrieben werden. Die bisherigen Erfahrungen des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen auf dem Gebiet von Neugründungen von Flüchtlingsorganisationen sollten eigentlich genügen, um derartige Manöver nicht zu wiederholen.

Verantwortlich: Peter Raunau